

Kampf dem Militarismus

Von Dr. Karlhans Treiber

Jahrtausende bewegt die Menschheit das Problem des ewigen Völkerkrieges. Um ihn zu verwickeln, wurde und wird geübt. Mit dem Volke verbundene Philosophen, Historiker und Juristen haben ihre Zeit große Projekte dafür gezeichnet, die erwiesen sich aber alle als unumkehrbar. Da die Menschen die Gesetze ihres gesellschaftlichen Miteinanders nicht kannten und ergo auch nicht verstehen konnten, gewöhnten sie sich an die geführte durch die Ideologie der Völkerkriege, Krieg als unvermeidliche Naturereignis zu betrachten. Und heute ist diese Schicksalsergeblichkeit den Völkern der kapitalistischen Welt — nicht zuletzt in Westdeutschland — weit verbreitet. Und gerade dieses politische Sichabfinden mit scheinbar unumkehrbarem erleichtert heute den autoritären Kräften, ihren Vorhaben den Schleier des Geheimnisses umhängen.

Marx und Engels waren die ersten, die das Geheimnis des Krieges und der Kriegsvorbereitung enthüllten. Wissenschaftlich haben sie bewiesen, daß der Krieg kein Gesetz der Natur, sondern ein Produkt der Herrschaft von Ausbeuter- und unterworfenen Klassen ist. Und es entspricht der Natur der kapitalistischen Gesellschaft — gebunden ist. Und es entspricht der Natur der kapitalistischen Gesellschaft — nicht nur formalen, sondern auch historischen — Logik des von den Kapitalisten geschaffenen wissenschaftlichen Systems, daß mit seiner praktischen Anwendung „mit dem Gegensatz im Inneren der Nationen“ auch die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander fällt. Marx und Engels haben schlüssig nachgewiesen und die Praxis bestätigt, daß mit dem Sozialismus kann die Friedenssuche der Völker dauerhaft werden, weil erst mit ihm jene „neue Weltanschauung“ entsteht, deren internationales Prinzip der Friede ist, „weil in jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht — die Arbeit.“

Der Sozialismus und Friede, die wie zwei Seiten einer Medaille untrennbar verbunden sind und durch den Klassenkampf entstehen. Marx und Engels schließen in der „Kommunistischen Manifest“ alle Völker der Arbeiter aller Länder schließlich zum Kampf auszusprechen wird.¹⁾

Es ist es nicht verwunderlich, daß sich Friedrich Engels im Zusammenhang mit der Militärfrage auch umfassend der theoretischen Klärung und praktischen Organisation des Kampfes gegen den modernen Militarismus, dieses Hauptinstrumentes imperialistischer Kriegsvorbereitung und -führung widmete.

Der Kern der Aktualität unseres Kampfes gegen den westdeutschen Militarismus liegt für uns auch nicht staunenswert in der heute im Rahmen sogenannter offener Engels-Erhebungen in der Bundesrepublik Politik und Ideologen auftretenden — bühnenhaft gesehen — Engelskritik mit Engels zu ersticken und zu überwinden gegen Marx, Lenin und uns — politischen Erben — zu Felde zu ziehen. Oder wie soll man es bewerten, wenn der Exponenten des neonazistischen, militärisch-antikommunistischen Kampfs, Kriegsmilitarist Schmidt, in seinem Buch „Beiträge“ Friedrich Engels nicht totzuschweigen ist und die Forderungen der revolutionären deutschen Demokratie falsch? Er schreibt: „Man kann auch das Ererbte Programm nicht in dem die Erhebung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit gefordert worden war.“

Wir sind eine außerordentlich traditionsbewußte politische Bewegung — auch auf dem Felde der Wehrpolitik, auf dem eine logische Entwicklung zurückreicht bis Bebel, Engels, Marx ... Unsere Wehrpolitik war bei Gott niemals aggressiv, und sie wird es niemals sein. Wohl aber war sie von der Erkenntnis getragen, daß ein Staat ohne den Wehrwillen des Staatsvolkes auf die Dauer nur eine labile Existenz besitzen kann.“

Herr Schmidt spricht von einem klassenindifferenten Staat; und das Engels, der sein ganzes Leben an der Staatsfrage, dieser Grundfrage politischer Macht einer Klasse, arbeitete. Herr Schmidt spricht von ihr selbst antworten. In der Oktoberausgabe der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ äußerte er, seine Militärpolitik sei „das logische Ergebnis einer Entwicklung, die sich durch Außenminister Schröder in der Mitte der sechziger Jahre bereits anbahnte“ und die in der großen Koalition unter Kiesinger „weiterentwickelt“ wurde. In der westdeutschen Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft“ (Oktober 1970) bezog er sich wiederum auf seine imperialistischen CDU-Vorgänger im Amt und führte aus, der Auftrag der Bundeswehr entspreche „gleichzeitig dem Auftrag, den sie vor fünf Jahren schon hatte“ und unter dem sie vor fünfzehn Jahren schon angetreten sei. Gehen wir auf den angegebenen Zeitpunkt zurück, so hören wir Adenauer über „Befreiung der Ostzone“ sowie über „inneren Feind“ reden. Herr Schmidt hat kürzlich auch davon gesprochen, der „derzeitige unnatürliche Status quo“ in Europa müsse überwunden werden.²⁾ Logisch ist daher seine Zustimmung auf der NATO-Ratstagung in Ottawa zum friedensgefährdenden aggressiven Beschluß über den „Einsatz taktischer Atomwaffen für einen Präventivkrieg“, das heißt für den ersten Schlag. Wer da mit „uns“ gemeint ist, ist klar: das Rechtskartell sowie der hinter diesem stehende militär-industrielle Komplex!

In der Tat hat Friedrich Engels wiederholt die Wehrhaftigkeit des Volkes, die militärische Ausbildung der Schuljüngler, ja die Heranbildung von Hochschulern zu Reserveoffizieren gefordert; alles unter Bedingungen der Existenz des preußischen junkerlich-bourgeois deutschen Staates.³⁾ Auch Friedrich Engels spricht von „uns“: „Allgemeine Wehrpflicht in unserem Interesse! ... militärische Bildung zum Offizier in unserem, der Arbeiterklasse Interesse.“⁴⁾ Damit die „revolutionäre Partei auch den (militärischen — Tr.) Kampf könne.“⁵⁾ Ihm ging es um die Wehrhaftmachung des Proletariats in Vorbereitung auf den revolutionären Sturz der Bourgeoisie. Herr Schmidt's Militärforderung richtet sich dagegen gegen unser — des Staatsvolkes der DDR und der westdeutschen Arbeiterklasse — Interesse.

Gerade diese Doppelfunktion des kapitalistischen Militarismus, Aggressivität nach außen, gegen andere Staaten, und Reaktion nach innen, gegen die Arbeiterklasse sowie alle demokratischen Kräfte, hat Friedrich Engels als erster erkannt. Er dachte das Klassenwesen des Militarismus auf, bewies, daß der Militarismus das kapitalistische Europa beherrscht, Lebensäußerung des Kapitalismus und insofern gesetzmäßig, unvermeidbar ist.⁶⁾

Friedrich Engels blieb dabei nicht stehen. In der Erscheinung Militarismus deckte er ihren inneren Widerspruch sowie den Keim ihres eigenen Unterganges auf. Angesichts der zunehmenden Militari-

isierung des gesamten öffentlichen Lebens in den kapitalistischen Ländern ist die Bourgeoisie gezwungen, schrieb er, „mit der allgemeinen Dienstpflicht mehr und mehr ernst, und damit schließlich das ganze Volk mit dem Waffengebrauch vertraut zu machen; es also zu befähigen, in einem gewissen Moment seinen Willen gegenüber der kommandierenden Militärrückbildung durchzusetzen. Und dieser Moment tritt ein, sobald die Masse des Volkes — ländliche und städtische Arbeiter und Bauern — einen Willen hat. Auf diesem Punkt schlägt das Fürstenheer um in ein Volksherr; die Maschine versagt den Dienst der Militarismus geht unter an der Dialektik seiner eigenen Entwicklung.“⁷⁾ Friedrich Engels läßt keinerlei Zweifel über die Rolle des historischen Subjekts — die marxistische Partei — in diesem Prozeß offen. Nur sie vermag, den arbeitenden Massen einen Willen zu geben, dessen Inhalt ihrer Klassenanlage ent-

spricht. Und das bedeutet die Sprengung des Militarismus ... von innen heraus.“⁸⁾ Der Militarismus zersetzt sich also nicht im Selbstlauf; er wird zersetzt durch die revolutionäre Aktion der bewußt in ihrem Interesse handelnden Volksmassen. Meisterhaft demonstriert Friedrich Engels die materialistische Dialektik; er wendet das von Marx und ihm bereits im „Manifest“ begründete strategisch-taktische Prinzip an, die Waffen, die die Bourgeoisie gegen das Proletariat schafft, als Waffen des Proletariats gegen die Bourgeoisie umzukehren. Schonungslos geißelt Friedrich Engels die besondere Aggressivität des preußisch-deutschen Militarismus. „Im Preußen die Spitze Deutschlands zu stellen“, so



Zeitung vom 14. Juni 1967 war im Zusammenhang mit dem Überfall der israelischen Imperialisten auf arabische Länder zu lesen: „unsere Araber — Ulbrichts Volksarmee oder die Tschechen oder die Polen oder alle drei —“. Auch nebensächliche Faksimile bedarf keines Kommentars. Bedenkt man die politischen Hintergründe für dieses militär-antikommunistische Gebaren, so wird es verständlich. Allein in der DDR haben die deutschen Imperialisten rund 10 000 Betriebe, darunter 803 Konzernbetriebe, verloren, weitere Hunderte in Polen, der UdSSR und in der CSSR. Zieht man weiter in Betracht, daß nach Untersuchungen des amerikanischen Soziologen Eric Waldmann in seinem Buch „Soldat im Staat“ nur besten-

sprachlich er ein, „mußte man nicht nur Österreich mit Gewalt aus dem Deutschen Bund vertreiben, sondern auch die anderen Kleinststaaten unterwerfen. Ein solcher frischer fröhlicher Krieg Deutscher gegen Deutscher war in der preußischen Politik ja von jeher das Hauptmittel der Gebietsvergrößerung gewesen.“⁹⁾ Die Nachfahren des reaktionären Preußentums sind keinen Deut besser: sie schreiben heute noch nach einer Bundesrepublik in den Grenzen von 1937 — ein strategisches Ziel für weitergehende Aggressionsakte, das übrigens Göring kurz vor seiner Verurteilung als Kriegsverbrecher in Nürnberg aufstellte¹⁰⁾ — und sie rüsten waffentechnisch und psychologisch seit langem. „Sie, die sich dem Beruf eines Bundeswehr- (Tr.) Offiziers verschrieben haben, sind in der großen Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterschaft auf der einen und der Armee auf der anderen Seite ... Partei“, schrieb die westdeutsche „Wehrkunde“ (4/1965). Und in der Bild-

Kann werden diese ... herausgerissen?

W. Kohlhammer, Stuttgart) „Wir vertreten grundsätzlich die Auffassung, daß allein Bundestag und Bundesregierung legitimiert sind, für ganz Deutschland zu sprechen ...“

Der hessische Landesverband der DKP hat die Beseitigung der dem Geist und Inhalt des Moskauer Vertrages widersprechenden Darstellungen in den hessischen Schul- und Lehrbüchern gefordert und die Bildung eines demokratischen Landesbeirates zur Gestaltung aller Schul- und Lehrbücher vorgeschlagen. Als Übergangslösung empfiehlt die DKP, BRD-Bundespräsident Heinemann beim Wort zu nehmen, der vor Gymnasialisten in Wiedens-Oberpflers erklärt hat: „Wenn Sie völlig unverantwortliche Sätze in Ihrem Lehrbuch finden, reißten Sie doch einfach die Seiten heraus.“

Zusätzliche Millionen für Atomprojekte

Für westdeutsche Atomprojekte hat der Bonner Finanzminister Alex Möller zusätzliche Staatsausgaben in Höhe von 40 Millionen DM bewilligt. Ursprünglich hatte die Bonner Regierung in diesem Jahr für die Förderung atomarer Projekte Ausgaben in Höhe von 1,2 Milliarden DM vorgesehen, 13 Prozent mehr als 1969. Seit 1965 wurden aus der Bonner Staatskasse für die westdeutsche Atomwirtschaft Zuschüsse von insgesamt 8,4 Milliarden DM gezahlt.

Volksgesundheit gefährdet

In der Bundesrepublik, so wurde auf einem internationalen Kongreß praktischer Tierärzte eingeschätzt, ließen Jahr für Jahr Tiermedikamente im Wert von schätzungsweise 30 Millionen Mark illegal und unkontrolliert unter die Bauern. Die in

Menschenfang ist geplante Methode

Überspielt von propagandistischen Lobeshymnen auf eine „umfassende und von humanitären Erwägungen bestimmte amerikanische Auslandshilfe“ für die Entwicklungsländer, blüht in den USA das große Geschäft des „Brain Drain“, der „Raub der Gehirne“, aus den Entwicklungsländern. Nach einer Prognose des Washingtoner Arbeitsministeriums wird der gesamte zusätzliche Bedarf der USA an Hochschulkadern bis 1975 rund 4,3 Millionen betragen. Davon sollen mindestens 300 000 aus Gebieten außerhalb der westlichen Hemisphäre herangezogen werden. Der zielgerichtete Menschenfang des amerikanischen Monopolkapitals, spezialisiert auf Kader mit abgeschlossener Hochschul- und Fachschulbildung, hat äußerst profitable und mit jedem Jahr wachsende Ergebnisse vorzuweisen. Von 1949 bis 1964 wurden 63 000 ausländische Wissenschaftler, Ärzte und Ingenieure von den Vereinigten Staaten abgeworben, von denen eine beträchtliche Zahl — nach 1962 im Jahresdurchschnitt über 40 Prozent — aus den Entwicklungsländern stammt.

Diskriminierung von Arbeiterkindern

Nach wie vor werden Arbeiterkinder in Englands Schulen diskriminiert, geht aus einem Bericht des Dozenten Fred Ingills vom Sheffield Institute of Education hervor. Arbeiterkinder werden von Schulbeamten und Lehrern in die niedrigsten Kategorien eingeordnet und haben weit weniger Aussicht als ihre „bessergestellten Kameraden“, höhere Schulen und Universitäten zu besuchen. Beispielsweise seien in Yorkshires hochintelligente Kinder von Bergarbeitern nicht an den örtlichen Oberschulen zugelassen worden, weil diese Schulen grundsätzlich nur maximal 18 Prozent ihrer Schulanfänger aus den Grundschulen übernehmen.

Enge wissenschaftliche Zusammenarbeit Bonn-Südafrika

Nach der wirtschaftlichen Zusammenarbeit strebt Bonn jetzt auch ein engeres wissenschaftliches Zusammengehen mit dem südafrikanischen Rassistenregime an. Dafür hat sich der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Dr. Adolf Butenandt, Aufsichtsratsmitglied des Siemens- und des Bayer-Chemie-Konzerns, ausgesprochen, der auf Einladung der südafrikanischen Botschaft in Bonn mehrere Wochen in Südafrika weilte. Wie ein Sprecher der Max-Planck-Gesellschaft erklärte, würde die Entwicklung „in beiden Ländern auf sehr ähnlichen Ebenen“ verlaufen. Beide Seiten könnten voneinander lernen.

falls 3 Prozent des Bundeswehroffizierskorps ihrer sozialen Herkunft nach aus Arbeiterkreisen stammen sowie nur 43 Prozent der Offiziere oder deren Eltern vor 1945 im Bundesgebiet wohnhaft, dafür aber 52 Prozent in den heutigen Territorien der DDR, der UdSSR, der VR Polen und der CSSR ansässig waren, so ist klar: Viele Offiziere haben neben dem militaristischen Klassenauftrag als Truppenführer ganz persönliche Interessen an einem imperialistischen Reich in den Grenzen von 1937.

Wer sich der Illusion hingab, diese konterrevolutionären, den Frieden bedrohenden Kräfte könnten allein durch internationale Abkommen gebändigt werden, ohne weiteren intensiven Kampf der westdeutschen demokratischen Kräfte und der Völker der sozialistischen Staatengemeinschaft, dem sollten der Mörderschlag auf einen sowjetischen Soldaten im Westberliner Tiergarten sowie der inzwischen gerichtsunterworfenen Skandal um den Attentäter, aber auch die beschleunigte Formierung der Rechtskräfte, nicht zuletzt die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern, alarmieren.

Deutsche Kommunisten haben wiederholt und rechtzeitig und nachdrücklich gewarnt vor den Gefahren, die vom deutschen Imperialismus für die Deutschen und für andere Völker ausgehen.

So warnte Friedrich Engels 1867: „Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich, als ein Weltkrieg ... Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abdrücken und dabei ganz Europa kahlhressen wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahren und über den ganzen Kontinent verbreitet ... nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Sieges der Arbeiterklasse.“¹¹⁾ Bekanntlich bestätigten der 1. Weltkrieg und sein Ausgang Engels' Prognose.

1932 warnte Thälmann: Wer Hitler wählt, wählt den Krieg! Und bekanntlich kam es mit Hitler zum zweiten Weltkrieg.

Heute warnt Walter Ulbricht: „Die Herrschaft des neonazistischen Strauß-Kartells würde die Vorbereitung des Krieges bedeuten.“¹²⁾

Damit ein dritter Weltkrieg vermieden wird, bedarf es der Niederrückung des militaristischen Rechtskartells in der Bundesrepublik. Das erfordert die Sammlung aller Friedenskräfte, die Gewinnung der Volksmassen aller europäischen Länder für eine aktive Friedenspolitik, um den westdeutschen Imperialismus zu einer Politik der friedlichen Koexistenz zu zwingen. Nicht zuletzt ist dazu die weitere militärische Stärkung der DDR und der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft nötig.

Getreu dem Appell zur Aktion für den Frieden in seiner Rede auf einer Arbeiterversammlung in Wien, wenige Tage nach dem Abschluß des internationalen Sozialistenkongresses in Zürich, erfüllen wir Friedrich Engels' Vermahnung: „Wir sind eine Großmacht, die zu fürchten ist, von der mehr abhängt als von den anderen Großmächten.“

1 Marx, K., Engels, F., Werke, Bd. 17, S. 7
2 Ebenda.
3 Ebenda.
4 Vgl. Neues Deutschland (A) vom 12. 11. 1970.
5 Vgl. Neues Deutschland (A) vom 1. 11. 1970.
6 Vgl. Marx, K., Engels, F., Werke, Bd. 21, S. 342 und 350.
7 Vgl. Werke, Bd. 21, S. 397.
8 Vgl. Werke, Bd. 21, S. 371.
9 Vgl. Werke, Bd. 21, S. 139.
10 Ebenda, S. 139 f.
11 Werke, Bd. 21, S. 62.
12 Vgl. Wheeler, G. S., Die amerikanische Politik in Deutschland, Berlin 1938, S. 241 f.
13 Vgl. Werke, Bd. 21, S. 373 f.
14 Vgl. Ulbricht, W., Das Rechtskartell in der Bundesrepublik gemeinsam erstragen, Neues Deutschland (A) vom 17. Juli 1970.